



VEREINIGUNG DER HESSISCHEN
UNTERNEHMERVERBÄNDE

VhU-Position

Generationengerechtigkeit: Politik der „schwarzen Null“ fortsetzen

**Beschlossen in der Sitzung des VhU-Präsidiums am
5. November 2019**

1 Sanierung der öffentlichen Haushalte fortsetzen

Der Bund und das Land Hessen sollten ihre Politik der „schwarzen Null“ zur Sanierung der öffentlichen Haushalte fortsetzen und auch in 2020 und in den Folgejahren ihre Etats ohne Nettoneuverschuldung finanzieren sowie netto Schulden tilgen.

- Der Bund sollte im Rahmen der Schuldenbremse das Ausnahmerecht zur Nettoneuverschuldung im Umfang von 0,35 Prozent des BIP (entspricht rund 10 Mrd. Euro) nicht nutzen. Den Ländern wurde zurecht eine solche Ausnahme nicht zugestanden.
- Der Bund und das Land Hessen sollten darauf verzichten, neue Schattenhaushalte zur Umgehung der Schuldenbremse zu errichten – auch nicht für Ziele wie Klimaschutz oder für die Sanierung kommunaler Haushalte.
- Die Schuldenbremse und die Politik der „schwarzen Null“ erzeugen einen heilsamen Druck zur kritischen Überprüfung staatlicher Aufgaben, zur besseren Prioritätensetzung, zur strengeren Ausgabenkontrolle und zur effektiveren Vermeidung von Geldverschwendung. Dieser Druck muss erhalten bleiben.

2 Keine schuldenfinanzierte Fiskalpolitik zur Konjunkturstimulierung

Das Ziel einer konjunkturellen Stimulierung ist grundsätzlich keine Rechtfertigung für eine schuldenfinanzierte, expansivere Fiskalpolitik:

- Eine Ausweitung staatlicher Ausgaben käme zu spät in der Wirtschaft an, um als Konjunkturstimulus zu wirken. Denn der staatliche Haushaltsprozess sowie Planungen und Umsetzungen etwaiger zusätzlicher Investitionen würden erst nach mehreren Quartalen (sog. „time lags“) wirksam, wenn eine Abschwungphase schon wieder vorbei wäre. Politiker müssten über ein bis zwei Jahre im Voraus wissen, dass ein Abschwung droht, um rechtzeitig mit einer expansiven Fiskalpolitik präventiv dagegen halten zu können – eine solche Prognosefähigkeit besitzt niemand.
- Die automatischen Stabilisatoren (insb. Lohn- und Einkommensteuer und Sozialversicherungen) reichen, um die Folgen eines normalen Konjunkturabschwungs abzufedern.
- Konjunkturzyklen und die wettbewerbliche Selbststeuerung auf Märkten dienen dazu, die Innovationsdynamik sowie die alloкатive Effizienz von Märkten durch einen – mitunter für einzelne Betriebe sehr harten – Ausleseprozess zu

erhöhen (Schumpeter: „Schöpferische Zerstörung“). Der Staat sollte nicht durch Krisenhilfen strukturkonservierend eingreifen.

- Subventionen für einzelne Branchen, Produktgruppen oder Techniken – wie etwa für Elektroantriebe oder Heizungen – lassen sich konjunkturpolitisch ebenfalls nicht rechtfertigen. Auch als strukturelle Hilfen sind solche Subventionen kritisch zu sehen. Der Staat sollte eher die Wirtschaft insgesamt entlasten, indem er die Unternehmensbesteuerung auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau von maximal 25 Prozent senkt und indem er die steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung ausweitet, um die Anreize für private Investitionen und Innovationen am Heimatstandort zu erhöhen.

3 Ja zu mehr öffentlichen Investitionen, aber nur aus dem laufenden Etat

Auch das richtige Ziel der schnelleren Steigerung der staatlichen Investitionen bzw. der Investitionsquote in den öffentlichen Haushalten rechtfertigt keine Nettoneuverschuldung und kein Abweichen von der Politik der „schwarzen Null“:

- Grundsätzlich hat der staatliche Sektor insgesamt sowie auf allen föderalen Ebenen genügend Einnahmen, um seine Aufgaben, auch den Erhalt und Ausbau des öffentlichen Sachvermögens, zu erfüllen. Doch leider investieren Bund, Länder und Kommunen seit Jahrzehnten zu wenig, so dass es in einigen Sektoren zu einer negativen Nettoinvestitionsquote kommt, etwa bei den Landesstraßen in Hessen. Höhere öffentliche Investitionen sind eine wichtige Voraussetzung für ein höheres Potenzialwachstum unserer Volkswirtschaft.
- Damit dauerhaft mehr öffentliche Investitionen in Infrastruktur, Bildung oder E-Government fließen, muss die Politik die Haushaltsstruktur schrittweise ändern: Die Investitionsquote muss steigen. Dazu sollte das Wachstum der investiven Ausgaben gesteigert und das der konsumtiven Ausgaben verringert werden. Bund und Länder müssen relativ mehr Geld ausgeben für Breitbandanschlüsse, Straße, Schienenwege und für Wissenschaft und Forschung als bisher – und nicht immer mehr für Sozialausgaben oder Wahlgeschenke an die ältere Generation. Die Investitionen – einschließlich der Ressourcen für Planungen – müssen schrittweise, verlässlich und deutlich erhöht und dann verstetigt werden.

4 Negativzinsen: Niemand kann Zinsentwicklung vorhersagen

So verlockend Negativzinsen in Folge der ultralockeren EZB-Geldpolitik für manche Haushaltspolitiker auch sein mögen, sie rechtfertigen keine Nettoneuverschuldung und kein Abweichen von der Politik der „schwarzen Null“:

- Eine Analogie zwischen Staat und Unternehmen oder Staat und privatem Haushalt zu ziehen, wäre grundfalsch. Art und Umfang staatlicher Ausgaben müssen per se gerechtfertigt sein, sie müssen sich nicht „rechnen“.
- Jeder Zugriff des Staates auf Kapital des privaten Sektors – sei es durch Steuern oder Staatsverschuldung – reduziert das Potential privater Investitionen („crowding out“), ohne dass gewährleistet werden kann, dass die staatlichen Ausgaben tatsächlich investiv verwendet werden und zudem „besser“ für die Volkswirtschaft sind als private Investitionen. Dieses Problem besteht unabhängig davon, ob Staatsanleihen positive oder negative Renditen aufweisen.
- Obwohl derzeit viel dafür spricht, dass die Negativzinsphase noch mindestens das kommende Jahrzehnt über anhalten könnte, kann niemand sagen, ob und wann nicht doch eine Zinswende kommt.
- Bund und Land Hessen sollten auch aus Vorsichtsgründen netto Schulden tilgen. Denn je niedriger der Schuldenberg, desto geringer sind die Zinsausgaben und die Folgen einer etwaigen Zinswende.
- Es besteht grundsätzlich Anlass zu Skepsis gegenüber Vorschlägen, Politiker sollten Marktentwicklungen ausnutzen, die vermeintlich für den Staat günstig seien. Zum einen setzt das Wissen über zukünftige Marktentwicklungen bei Politikern voraus, das niemand haben kann. Zum anderen missachteten Politiker in der Vergangenheit regelmäßig Schuldenbegrenzungsregeln, um Wählerstimmen zu maximieren – warum sollten sie sich jetzt anders verhalten?

5 Die implizite Staatsverschuldung ist der nicht-sichtbare Teil des Eisbergs

Die strukturelle Sanierung der öffentlichen Haushalte muss auch deshalb fortgesetzt werden, weil Belastungen künftiger Steuerzahler durch die demographische Alterung dringend begrenzt werden müssen. Denn bereits heute kommt zu den Kapitalmarkt-schulden des öffentlichen Sektors eine noch größere implizite Verschuldung hinzu. Dabei handelt es sich um die heute noch nicht direkt sichtbare Staatsschuld: Das

sind alle durch das heutige Steuer- und Abgabenniveau nicht gedeckten staatlichen Leistungsversprechen für die Zukunft, insbesondere der Sozialversicherungen.

- Ebene Gesamtstaat: Ende 2018 betrug die implizite Verschuldung rund 5.600 Mrd. Euro bzw. rund 165 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Sie umfasst vor allem die Verpflichtungen der überwiegend beitrags- und teils steuerfinanzierten Renten-, Kranken- und Pflegeversicherungen. Diese implizite Verschuldung ist mehr als doppelt so hoch wie die explizite deutsche Staatschuld, die Ende 2018 bei 2.063 Mrd. Euro bzw. 60,9 Prozent des BIP lag. Um den Wirtschaftsstandort Deutschland attraktiv zu halten, müssen die Sozialversicherungsbeiträge unter 40 Prozent des Bruttolohns bleiben. Angesichts der Widerstände gegen ein höheres Renteneintrittsalter und gegen Leistungskürzungen in den Sozialversicherungen ist es ungewiss, ob es in den nächsten Jahrzehnten gelingt, höhere Zuschüsse des Bundes an die Sozialversicherungen zu verhindern. Sie liegen derzeit bereits bei rund 100 Mrd. Euro pro Jahr und sollten real gedeckelt werden.
- Ebene Land Hessen: Ende 2018 lag der Barwert der Verpflichtungen für Pensionen und Beihilfen für 185.000 Beamte und Pensionäre mit gut 92 Mrd. Euro weit über den Kreditschulden Hessens, die bei 42 Mrd. Euro lagen, auch extrem weit über den dafür gebildeten Rücklagen in Höhe von nur 3,2 Mrd. Euro.
- Um besser vorzusorgen, müssen Bund und Länder strukturelle Etatspielräume schaffen und deutlich mehr Rücklagen bilden. Zudem müssen Politiker dem Umverteilungsdruck zugunsten älterer Wähler widerstehen.
- Politisch anzuerkennen ist weiterhin, dass das Land Hessen eine recht große doppelte Transparenz über seine Finanzlage gewährleistet.

6 Starker und effektiver, aber schlanker und finanziell nachhaltiger Staat

Die Politik der „schwarzen Null“ ist mehr als die strenge Einhaltung der Schuldenbremse. Sie ist Ausdruck eines neuen gesellschaftlichen Paradigmas: Zum einen begrenzt das Prinzip der finanziellen Nachhaltigkeit Ausgabenwünsche in der Gegenwart. Zum anderen wird ein starker und effektiver, aber zugleich tendenziell schlanker Staat angestrebt.

- Die Politik der „schwarzen Null“ ist ein Beitrag zu mehr Generationengerechtigkeit und ein Schutz des privaten Sektors vor einem übermäßigen Zugriff des Staates auf Bürger und Betriebe.
- Wer die „schwarze Null“ in Frage stellt, stärkt – beabsichtigt oder unbeabsichtigt – jene politischen Kräfte, die die Schuldenbremse per se ablehnen und dem Staat viel höhere Ausgaben, vor allem Personal- und Sozialausgaben, erlauben wollen. Eine laxere Schuldenpolitik bringt kaum mehr Investitionen.
- Die Politik der Staatsexpansion hat seit den 1970er Jahren dazu geführt, dass aus einem relativ schlanken Sozialstaat ein teils ineffizienter Wohlfahrtsstaat wurde, der Gegenwartsinteressen durch Lastverschiebung in die Zukunft finanziert und dabei den Erhalt und Ausbau des öffentlichen Sachvermögens unverantwortlich vernachlässigt hat. Damit muss Schluss sein. Jede Generation „muss ihren Bierdeckel selbst bezahlen“ und nicht mehr bei der nächsten Generation „anschreiben“.